



Kreisverband Rastatt

CDU Rastatt – Gerwigstraße 4 – 76437 Rastatt

PRESSEMITTEILUNG

Der 72. Landesparteitag der CDU Baden-Württemberg steht ganz im Zeichen der Kommunalwahlen im Jahre 2019. Mittlerweile liegt der Entwurf eines Kommunalwahlprogramms vor, zu dem sich der Kreisverband Rastatt mit einigen Ergänzungsanträgen zu Wort gemeldet hat.

Ehrenamt und Vereinstätigkeit sind für die CDU wichtige Grundpfeiler des kommunalen Zusammenlebens. Im Kreisvorstand ist man sich einig, dass die neue Datenschutz-Grundverordnung (DGSVO) gerade für kleinere und mittlere Vereine eine unverhältnismäßige Zusatzbelastung darstellt. Die Ehrenamtlichen stünden überzogenen Vorgaben gegenüber, die einen immensen bürokratischen Aufwand mit sich brächten und zusätzlich geschultert werden müssten. Dies sollte Sorge für erhebliche Verunsicherung, Unverständnis und Frust. Für kleinere und mittlere Vereine sollten die Bestimmungen der DSGVO daher auf den Prüfstand und einer grundsätzlichen Überarbeitung und Verschlankung zugeführt werden. „Wir sehen auch hinsichtlich der Besteuerung der Vereinstätigkeit Handlungsbedarf“, so die Kreisvorsitzende Brigitte Schäuble. Der Kreisvorstand begrüßt deshalb die Initiative der baden-württembergischen Landesregierung im Bundesrat, gemeinnützige Organisationen und Vereine steuerlich dahingehend zu entlasten, dass die Freigrenze auf 45.000.-- € angehoben wird. Für Einnahmen von gemeinnützigen Organisationen und Vereinen aus z.B. Sommerfesten oder Getränkeverkauf fallen oberhalb einer Steuerfreigrenze von jährlich 35.000.-- € Körperschafts- und Gewerbesteuer an. „Dieser Betrag entspricht nicht mehr der ursprünglichen Intension und sollte deut-



lich erhöht und der inzwischen eingetretenen allgemeinen Preisentwicklung angepasst werden. Darüber hinaus sollte in regelmäßigen Abständen eine Fortschreibung erfolgen“, heißt es in einer Mitteilung des CDU-Kreisvorstandes weiter.

Auch mit dem Thema Wolf hat sich der Kreisvorstand beschäftigt und empfiehlt dem Parteitag, sich dafür einzusetzen, dass der Wolf ins Jagdrecht aufgenommen wird. „Wir möchten, dass sich die Menschen auch weiterhin frei und ohne Angst in unseren Wäldern aufhalten können“. Auch wenn die Gefahr, als Wanderer, Jogger oder Spaziergänger, einem Wolf zu begegnen nicht allzu real sei, so zähle doch das subjektive Empfinden und dürfe keine Auswirkungen auf unser Verhalten haben. „Der Wald ist für die Menschen da und nicht für den Wolf“. Auch die Auswirkungen auf den Landschaftsschutz wurden diskutiert. „Unsere Weidetierhalter leisten mit ihren Herden einen unverzichtbaren Beitrag zur Offenhaltung der Landschaft, zur Durchlüftung der Seitentäler und zur Biodiversität. Durch den inzwischen wieder eingewanderten Wolf wird diese Arbeit erschwert und gefährdet. „Wenn man seitens der Landesregierung tatsächlich glaubt, dieses Problem durch Zäune lösen zu können, dann müssen die Zuschüsse deutlich erhöht werden. Neben den vollen Materialkosten für das Zaunmaterial müssen auch die Lohnkosten komplett übernommen werden.“ Die Kreisvorsitzende hielt es allerdings für zielführender, wenn ein geändertes Jagdrecht die Population im Auge behielte und die Weidetierhalter für gerissene Tiere eine angemessene Entschädigung erhielten. Hierfür will man beim Landesparteitag werben.